

Die Außenpolitik der türkischen AKP im Nahen Osten vor und nach dem „arabischen Frühling“

Mustafa Türkeş

Die Beziehungen der Türkei zu den Staaten des Nahen Ostens sind nie ohne Probleme gewesen. Unter der Regierung der Adalet ve Kalkınma Parti (AKP) sind die Beziehungen der Türkei zu den Staaten dieser Region allerdings in einen Zustand ständiger Spannung getreten und haben später einen fast kriegerischen Charakter angenommen, was lang andauernde bilaterale, regionale und internationale Wirkungen zeitigen könnte.

Zu Beginn möchte ich unterstreichen, dass die gegenwärtigen Probleme im Nahen Osten ihre Ursachen in kapitalistischen gesellschaftlichen Beziehungen, im Imperialismus wie in auch der Fehlwahrnehmung der Machtverhältnisse seitens nationaler wie regionaler Akteure, Fehlkalkulationen, verfehlter Politik und auch einer Fehleinschätzung der internationalen Ordnung haben. In diesem Kontext lohnt es zu untersuchen, wie die Beziehungen der Türkei mit den Staaten des Nahen Ostens problematisch geworden sind und sich im Fall Syriens massiv verschlechterten.

Die AKP Nahostpolitik vor dem „arabischen Frühling“

In der Ära des Kalten Krieges sind die Beziehungen der Türkei zu den Staaten des Nahen Ostens aus historischen, geopolitischen und materiellen Gründen niemals herzlich gewesen. Im Fall der türkisch-syrischen Beziehungen, kam es zu verbalen Auseinandersetzungen zwischen den beiden Staatsführungen. Zeitweise nahmen sie fast kriegerisches Gepräge an, obgleich beide Seiten sich hüteten, die Schwelle zu einer tatsächlichen militärischen Konfrontation zu überschreiten. Jede Seite bemühte sich ihre Position mit Hilfe eines größeren Hegemons zu konsolidieren. Syrien bemühte sich um die Sicherstellung sowjetischer militärischer und politischer Unterstützung und behielt seine revisionistischen Ansprüche gegenüber Israel vor allem im Hinblick auf die Golanhöhen aufrecht, die im Sechstagekrieg von 1967 durch Israel besetzt worden waren. Die türkischen Regierungen befanden sich in einer recht komfortablen und starken Position im Hinblick auf die syrischen Revisionsforderungen gegenüber der Türkei, vor allem in Hinblick auf die Provinz Hatay¹, und saßen auch am längeren Hebel, da sie über das Niveau der Wasserflüsse aus der Türkei nach Syrien entscheiden.

Die Auflösung der internationalen Nachkriegsordnung und der Krieg gegen den Irak in den Jahren 1990/91 zwangen Hafiz al-Assad in Syrien seine Position gegenüber den USA wie auch der Türkei zu modifizieren, obgleich er die Führung der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) in Syrien als Karte gegenüber der türkischen Überlegenheit in der Wasserfrage im Ärmel behielt. In den letzten Regierungsjahren Hafiz al-Assads, der im Jahr 2000 starb, verschärfte sich die Tonart zwischen der Türkei und Syrien. Im September 1998 drohte die Türkei mit militärischen Maßnahmen, sofern die syrische Regierung die PKK-Führung nicht des Landes verweise. Unter dem diplomatischen Druck der USA und der militärischen Drohung der Türkei, zwang die syrische Führung den PKK-Führer Abdullah Öcalan Syrien zu verlassen. Ein Memorandum, das als Adana-Konsens bezeichnet

wurde, wurde der zwischen der Türkei und Syrien 1998 unterzeichnet. Es ebnete einer Entspannung der angespannten Beziehungen zwischen der Türkei und Syrien den Weg und trug zu ihrer Normalisierung bei.

Nach dem AKP-Wahlsieg im November 2002 beschleunigte die jetzt durch die AKP geführte Regierung den Normalisierungsprozess des Verhältnisses zu Syrien, den sie von ihren Vorgängerregierungen geerbt hatte. Die AKP initiierte Dutzende von Handels- und Kooperationsabkommen. Der damalige Premierminister, Recep Tayyip Erdoğan und der damalige Außenminister Abdullah Gül entwickelten sogar eine enge persönliche Freundschaft mit der Familie Baschar al-Assad, der nach dem Tod seines Vaters die syrische Präsidentschaft übernahm, und luden sie in der Türkei ein und verbrachten gemeinsam Urlaub.

Die verstärkte Wirtschaftszusammenarbeit mit Syrien half der AKP-Regierung, sich der Zustimmung kleiner und mittlerer Unternehmer in den Grenzstädten zu Syrien zu versichern, während sie für Assad Offenheit und wirtschaftliche Liberalisierung signalisierten. Sowohl Assad als auch Erdoğan nutzten diese Annäherung, um ihre Bereitschaft zur Kooperation nicht allein auf regionaler, sondern auch auf internationaler Ebene zu zeigen. Beide demonstrierten ihre Bereitschaft, neoliberale Politik in ihren jeweiligen Ländern umzusetzen. Liberale Wirtschaftsbeziehungen unter dem Label wechselseitiger Abhängigkeit und/oder Interdependenz waren sowohl bei der AKP in der Türkei als auch bei der Baath-Partei unter Assad auf der politischen Tagesordnung.

Ähnliche Wirtschaftsbeziehungen, wenngleich auf einer stärker persönlichen freundschaftlichen Basis, wurden mit Masud Barzani, dem Führer der Kurdischen Autonomen Region im Nordirak, aufgebaut. Türkische Baugesellschaften haben in der Kurdischen Autonomen Region im Nordirak investiert. Weiters hat der Transport von Energie, Öl, aus dem Nordirak ans Mittelmeer enge Beziehungen zwischen der Barzani-Gruppe und mit der AKP verbundenen Firmen geführt. Israelische Geschäftskreise sind in diese fruchtbare Geschäftsbeziehung eingestiegen und spielten eine Mittlerrolle beim Ölverkauf auf dem Weltmarkt.

Erdoğan, Gül und Davutoğlu wurden mit gescheit klingenden Rezepten wie „weicher Macht“, „De-Securitization“ und „wirtschaftlicher Interdependenz“ versorgt. In dieser Hinsicht steuerten Liberale, Linksliberale, prominente AkademikerInnen und JournalistInnen viel bei. Die US-Regierung sah die AKP als Modell für die Gesellschaften des Nahen Ostens, während die EU ins Auge fasste, dass die AKP eine führende Rolle als Wegbereiter der Demokratie über die Dekonstruktion der kemalistischen Staatsstrukturen spielen würde.

Die AKP machte sich rasch an die Bildung einer „heiligen Allianz“ mit den USA und der EU als externen Kräften sowie dem großen Kapital wie kleineren und mittleren Geschäftszirkeln, die oft von den Gülen Gemeinschaft kontrolliert wurden, für die Implementierung neo-liberaler Wirtschaftspolitiken und mit politischen Islamisten, einschließlich der Gülenisten, welche in den Medien die Oberhand gewannen, Liberalen, Linksliberalen, verschiedenen kurdischen Gruppen im Namen der Materialisierung einer liberalen Demokratie. Massenorganisationen wie Gewerkschaften waren seit dem Militärputsch von 1980 diskreditiert und geschwächt worden. Die Mitglieder der „heiligen Allianz“ verbreiteten die Vorstellung, dass Massenorganisationen durch die Zivilgesellschaft, NGOs ersetzt werden sollten, um demokratische Staat-Gesellschaftsbeziehungen zu erreichen. Die AKP engagierte sich für die Schaffung sogenannter zivilgesellschaftlicher Organisationen, die besonders die Religionsfreiheit betonten.

Die AKP wurde als viel versprechender Agent für die Demokratisierung nicht nur für die Türkei, sondern auch als Modell für die Gesellschaften des Mittleren Ostens gesehen. Die AKP konsolidierte ihre Position sowohl extern als auch im Inland als fähiger und unverzichtbarer Akteur.

Die AKP setzte Strukturreformen um, die stärker neo-liberalen Rezepten entsprachen als jene ihrer Vorgänger. In allen Bereichen wurden Privatisierungen durchgeführt. Die Liberalisierung des Finanzsystems erfolgte in konform zu den Ratschlägen internationaler Finanzinstitutionen und in Übereinstimmung mit der EU-Konditionalität.

Bis 2008 agierte die AKP unter Erdoğan innerhalb des von den internationalen Akteuren vorgegebenen Rahmens. Daher sah sich auf internationaler Ebene nicht mit Problemen konfrontiert. Kein internationaler oder einheimischer Akteur, mit Ausnahme einer begrenzten Zahl linker KritikerInnen, stellte die zunehmende Macht der AKP mit ihrer Betonung eines religiösen Konservatismus in Frage.

Erdoğan's Popularität unter den MuslimInnen im Nahen Osten erreichte ihren Höhepunkt, als er im Jänner 2009 auf Konfrontationskurs mit dem israelischen Präsidenten auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos ging. Dies ist als „Ein-Minuten“-Ereignis bekannt. Erdoğan wurde vor allem in Syrien, dem Libanon und Palästina populär, wo ihn ein beträchtlicher Teil der arabischen Bevölkerung als einen Führer bewunderte, der fähig ist, Israel herauszufordern. Einige AraberInnen schauten zu ihm als einen viel versprechenden Retter der PalästinenserInnen auf, die durch Netanyahus unterdrückerische Politik unter Druck waren. Aus einer ähnlichen Perspektive mag Obama kalkuliert haben, die zunehmend selbstbewusste Positionierung Netanyahus und Liebermans im Nahen Osten einzugrenzen, denn er reagierte nicht scharf auf Erdoğan's Vorgehen in dieser „einen Minute“.

Die AKP Außenpolitik im Nahen Osten nach dem „arabischen Frühling“

Während man das „Eine-Minute“-Ereignis im Jänner 2009 als Wendepunkt für die Radikalisierung der AKP-Außenpolitik im Nahen Osten sehen kann, kann der „arabische Frühling“ vom Dezember 2010 bis April 2011 als Bezugspunkt für die wirkliche Umsetzung eines neo-osmanischen Projektes in Syrien definiert werden.

Bevor wir uns der AKP-Außenpolitik nach dem „arabischen Frühling“ zuwenden, sollten wir die Bedeutung des „arabischen Frühlings“ im regionalen Kontext beleuchten.

Der „arabische Frühling“ begann in Tunesien im Dezember 2010 und breitete sich auf einen Großteil des Nahen Ostens aus. Mohammed Bouazizi, ein Gemüseverkäufer, setzte sich aus Protest gegen Misshandlung durch die Polizei mitten auf der Straße in Brand. Sein Fall löste eine Protestwelle in Tunesien aus, die unterschiedliche TeilnehmerInnen, die von jungen arbeitslosen UniversitätsabsolventInnen bis zu informellen und SaisonarbeiterInnen reichten. Die Massenproteste führten letztlich zur Entfernung Zine al Abdine Ben Ali, der das Land zwei Jahrzehnte autoritär regierte hatte, aus dem Amt. Die neue Regierung versprach die Ausweitung politischer Freiheit und die Schaffung neuer Arbeitsplätze für die Jugendlichen.

Ähnliche Protestwellen breiteten sich über den Nahen Osten aus, obgleich einige kurzlebig waren und sich die Ergebnisse vom tunesischen Fall unterschieden. Husni Mubarak, der in Ägypten fast drei Jahrzehnte an der Macht gewesen war, wurde nach einigen Wochen von Protesten in Kairo und in anderen Städten gestürzt. In der anfänglichen Protestphase spielten organisierte Arbeiter in industriellen Bezirken eine signifikante Rolle.

Bald entführten jedoch die Liberalen die „Revolution“ und schließlich profitierten die politischen IslamistInnen, die Muslimbruderschaft, am meisten. Angesichts der Proteste sah sich Mubarak im Februar 2011 zum Rücktritt gezwungen und wurde später unter verschiedenen politischen und kriminellen Anklagen inhaftiert. Durch die allgemeinen Wahlen kam die Muslimbruderschaft unter Führung Mohammed Mursis an die Macht und ließ rasch eine islamistische Verfassung ausarbeiten, die alle bis auf die politischen IslamistInnen enttäuschte. Der Machtkampf in Ägypten und die US-amerikanische und saudische Unterstützung für den Staatsstreich im Juli 2013 führten zum Sturz Mursis. Er wurde durch General Abd al-Fattah as-Sisi ersetzt, der später zum neuen Präsidenten gewählt wurde.

Kurzlebige Proteste in Marokko, dem Libanon, Palästina, Jordanien, Bahrein und selbst Saudi-Arabien mögen durch den „arabischen Frühling“ Tunesiens und Ägypten inspiriert gewesen sein. Die Fälle Jemens, Libyens und Syriens fallen jedoch in eine andere Kategorie.

Der Fall des Jemen ist eine Angelegenheit des Konflikts zwischen Saudi-Arabien und dem Iran. Er hat wenig dem „arabischen Frühling“ zu tun. Er kann eher in die Kategorie der Rivalität um Einfluss-Sphären klassifiziert werden.

In Libyen ist es schwer, überzeugende Hinweise für eine genuine Protestwelle zu finden, die den Autoritarismus des Gaddafi-Regimes kritisierte oder nach Demokratie strebte. Die Opposition war eher durch ausländische Geheimdienste geschaffen. Tatsache ist, dass der französisch geführte Militärangriff gegen Libyens Diktator Gaddafi darauf zielte, die Ölquellen, die im Staatseigentum waren, für westliches Kapital zu öffnen. Der Geist des „arabischen Frühling“ – das Streben nach liberaler Demokratie – war nicht im Herzen der „Proteste“ in Libyen. Gaddafi hatte den Stempel seiner Herrschaftsform, das Land durch Komitee zu regieren, kräftig aufgedrückt. Hierbei gab es Raum für tribale Föderationen vom Rentierstaat zu profitieren, der Ressourcen aus den Rohstoffen, vor allem dem Öllexport, redistribuierte. Es gibt wenige Hinweise, dass die Bevölkerung mit den Redistributionsmechanismen des Gaddafi-Regimes unzufrieden war. Die US-Regierung orchestrierte die Militärintervention hinter den Kulissen und die NATO stellte die notwendige militärische Infrastruktur für die Kriegsmaschinerie Frankreichs und Italiens bereit, um das zu zerstören, was sie zuvor dem Gaddafi-Regime verkauft hatten. Die alte Technologie von Militärflugzeugen, die an Libyen geliefert worden war, wurde nun durch neue, verbesserte französische Militärtechnologie zerstört. Die Russische Föderation wurde aus Libyen herausgedrängt. Chinesische, türkische und andere Investoren mussten ihre Geschäftsinteressen in Libyen aufgeben, als sie sich als Ergebnis der Militärintervention zurückzogen. Weiters wollten politische und mediale VertreterInnen des euro-atlantischen Kapitalismus den Eindruck schaffen, nicht weiter mit Diktatoren auskommen zu wollen. Sie stellten eine Verbindung zwischen dem „arabischen Frühling“ und der Militärintervention gegen das Gaddafi-Regime her, die in Wirklichkeit mit dem „arabischen Frühling“ wenig zu tun hatte.

Der Fall Syriens ist der am längsten Andauernde und Problematischste. Der Sturz Assads erfolgte nicht, obwohl viele ihn innerhalb kurzer Zeit erwartet hätten. Der Fall Syriens ist auch wichtig für die Analyse der neo-osmanischen Außenpolitik der AKP und bedarf daher besonderer Beachtung.

Liberalen und politische Islamisten interpretieren den Fall Syriens im Hinblick auf politische Fragen wie die Beschränkung von Grundrechten, die Unterdrückung sunnitischer Muslime und Assads diktatorischer Herrschaft als Ursachen für den dortigen Aufstand. Eine solche Interpretationslinie kann nicht erklären, wie die Proteste mit liberalen For-

derungen zu einem lang andauernden militärischen Konflikt – einem Bürgerkrieg – auf nationaler Ebene geworden sind, wie fast alle wichtigen regionalen und internationalen Mächte in den Konflikt involviert wurden und vor allem wie die ISIS den fruchtbarsten Platz für ihre Entfaltung fand.

Es trifft zu, dass das Zurückdrängen des Staates, der Niedergang sozialer öffentlicher Dienste, die Verabschiedung marktorientierter Reformen, die der neo-liberalen Linie Baschar al-Assads folgten, die Macht der Baath Partei in Syrien untergruben. Sie erklären aber nicht, wie politische Forderungen sich in einen Bürgerkrieg wandelten und warum die regionalen und internationalen Akteure in den diesen Bürgerkrieg verwickelt wurden. Diese Fragen sollten im Kontext von regionalen und internationalen Konfliktlinien gesehen werden.

Die neo-osmanische Politik der AKP traf in Syrien auf fruchtbaren Boden. Nach dem „Eine-Minute“-Ereignis und der kurz darauf folgenden Episode eines versuchten Durchbruchs der israelischen Blockade Gaza durch das türkische Schiff Mavi Marmara im Mai 2010² nahm die neo-osmanische AKP-Politik eine radikalere Form an. Nach diesen beiden Ereignissen erreichte die Popularität Erdoğan's unter den arabischen MuslimInnen ihren Zenit. Die AKP unter der Führung Recep Tayyip Erdoğan's und Ahmet Davutoğlu, der 2009 vom Berater zum Außenminister und dann 2014 kurzzeitig bis zum Mai 2016 zum Premierminister aufstieg, machte sich daran, in Syrien die neo-osmanische Außenpolitik umzusetzen.

Die Unruhen in Syrien fielen zeitlich zusammen mit der Radikalisierung der neo-osmanischen AKP-Außenpolitik. Noch vor der Gründung der Partei war Neo-Osmanismus war auf der Tagesordnung der späteren AKPler. Davutoğlu formulierte das Konzept bereits im April 1999 und arbeitete es in seinem berüchtigten Buch „Stratejik Derinlik“, auf Deutsch „Strategische Tiefe“, das im Jahr 2001 erschien, detaillierter auf. Die AKP war zuversichtlich, ihre neo-osmanische Außenpolitik sowohl auf dem Balkan als auch im Nahen Osten umsetzen zu können. Offen erklärte Davutoğlu diesen Anspruch bezogen auf den Balkan in einer Rede in Sarajevo im Oktober 2009. Die AKP-Strategie im Nahen Osten wurde bereits in Erdoğan's Vorgehen im „Eine Minute“-Ereignis angedeutet. Doch erst mit dem Aufkommen der Proteste in Syrien konnte die AKP-Regierung zu einem „Spielmacher“ werden. Die früheste Wirkung der Strategie war im März 2011 zu erkennen, als die Beziehung zwischen den Regierungen Erdoğan's und Assads in eine Konfrontation umkippten. Dies war der Beginn eines nicht umkehrbaren Interessenkonflikts zwischen beiden.

Im Hinblick auf die harte Repression des syrischen Regimes gegen die Proteste, erklärte die AKP-Führung im März 2011, Assad solle zurücktreten. Dies bedeutete nicht allein eine Abkehr von der liberal-inspirierten Politik „keine Probleme mit den Nachbarn“, sondern zeigte auch die AKP-Bereitschaft an, politischen und militärischen Schutz für die sunnitischen Gemeinschaften in Syrien zu übernehmen, für den sich die AKP verantwortlich zu sein meinte. Dies bereitete den Boden für eine anmaßende und aggressive Politik gegenüber Syrien.

Die AKP-Führung, ließe sich sagen, stütze sich stark auf das westliche Design einer gegen das Assad-Regime gerichteten Politik. Sie schrieb sich selbst eine extensive Rolle bei einem Sturz des Assad-Regime zu und erwartete im Gegenzug eine Entgeltung hierfür beim Wiederaufbau Syriens. Die AKP fügte sich in die US-geführte Koalition ein und unterstützte einige Rebellengruppen auch jenseits dieser Koalition.

Auf der Gegenseite verband Assad geschickt Unterstützung aus dem Iran und Russland,

um den westlichen Druck zu konterkarieren. Für den Iran war die Assad-Regierung eine Garantie für den iranischen Zugang zum Libanon. Für Russland war sie der letzte Posten in der Region, um Einfluss in der Mittelmeerregion, aus der er schrittweise wie in den Fällen Libyens und Ägyptens ausgeklinkt wurde, zu behalten oder eventuell auszubauen.

Die AKP fehlinterpretierte die regionale und internationale Politik in Hinblick auf Syrien. Als sie die Realität zu erkennen begann, zog sie sich jedoch von ihren Positionen nicht zurück, sondern beschleunigte die Patronage für verschiedene sunnitische Oppositionsgruppen.

Im Juli 2012 beschloss Assad die syrischen Truppen aus dem Norden des Landes abziehen, wo er einen Freiraum für die kurdische Demokratische Unionspartei (PYD) und deren Militärflügel YPG hinterließ. Ein solches Szenario hatten die AKP-Politikmacher anscheinend nicht ins Kalkül gezogen. Als sie es erkannten, suchten die die Salih Muslime der PYD auf ihre Seite zu ziehen, was sich als vergebliches Unterfangen herausstellte. Der Rückzug der syrischen Regierungstruppen führte zu einer Anzahl von den KurdInnen kontrollierter Enklaven zwischen Syrien und der Türkei, was die Lage komplizierte und die ohnehin schon schlechten Kalkulationen der AKP weiter verschlechterte.

Weiters setzte das russische Vorgehen im Hinblick auf die UN Sicherheitsratsresolution (RES 2118) im September 2013, die im Gegenzug zu einer Öffnung Syriens für eine Inspektion und Zerstörung von Chemie- und biologischen Waffen eine internationale Militärintervention verhinderte, dem Wunschdenken der AKP eines raschen Sturzes Assad ein Ende. Damit löste sich deren Hoffnung, ein „Spielmacher“ im Nahen Osten zu sein, in Luft auf, obgleich die organische Elite der AKP an ihrer Linie – vergeblich – lange Zeit festhielt.

Während die AKP lang darauf bestand, dass die USA eine entscheidende Militärintervention gegen das Assad-Regime nicht ausschließen sollten, wurde 2014 deutlich, dass die USA und andere wichtige internationale Akteure Assad als einen offiziellen Akteur anerkannten, mit dem sie in Verhandlung treten würden.

Die Lage komplizierte sich weiter, als ein nicht-staatlicher Akteur, ISIS (Islamischer Staat im Irak und in Syrien), ins Spiel kam. Nachdem er irakische Regierungstruppen aus Mosul vertrieben und 49 Geiseln im dortigen türkischen Konsulat genommen hatte, wandte sich ISIS gegen Barzanis Truppen, die keinen wirksamen Widerstand leisteten. Dann weitete ISIS seine Kriegszone aus und wandte sich auch gegen das Assad-Regime. Er besetzte große Gebiete in Syrien. Die Assad-Regierung beschloss, russische Streitkräfte einzuladen, um die Macht aller Oppositionsgruppen, einschließlich ISIS, zu unterminieren. Die russischen Streitkräfte initiierten eine Militäroperation gegen alle Oppositionskräfte, unabhängig ob sie gemäßigt waren oder als Hardliner einzustufen waren, um Assads Streitkräfte zu stärken. Innerhalb von eineinhalb Monaten kehrte sich das Kriegsgeschehen um, und Assads Streitkräfte übernahmen die Kontrolle.

Dies waren einige der Rückwirkungen der fehlkalkulierten offensiven neo-osmanischen Politik. Anscheinend hatte die AKP lange Zeit die Hoffnung genährt, in ihrem Sinne Raum für eine Kooperation mit den USA zu gewinnen. Doch das Gegenteil war der Fall. Dies wurde beispielsweise bei der Ausbildung und Ausrüstung von Oppositionskräften in Syrien deutlich. Während die USA diese nun hauptsächlich gegen ISIS einsetzen wollten, waren die Hoffnung und das Anliegen der AKP, diese gegen das Assad-Regime zum Einsatz zu bringen. Letztlich stützten sich die USA dann eher auf die YPG als auf die Oppositionsgruppen, die in Verbindung mit der AKP waren.

Entgegen ihrer eigenen Erwartungen brachte die Syrien-Politik der AKP keine positiven Resultate, sondern schuf neue Probleme. Der Abschuss eines russischen Militärjets durch

türkische Streitkräfte am 24. November 2015 war dann der letzte Tropfen, der dann auch die normalen Beziehungen zu diesem wichtigen Nachbarn zerstörte.

Anstatt Schlussfolgerungen

Die Abservierung Davutoğlu, dem Architekten der neo-osmanischen Außenpolitik, als Premierminister im Mai 2016 kann als klares Anzeichen einer Neuausrichtung der türkischen Außenpolitik gesehen werden. Erdoğan's Entschuldigung für den Abschuss des russischen Militärjets und die Wiederannäherung an Israel entsprechend den israelischen Bedingungen sind klare Anzeichen eines Verlangens nach einer Normalisierung der Beziehungen der Türkei zu ihren Nachbarn. Darüber hinaus lässt der gescheiterte Putschversuch der gülenistischen Fraktion vom 15. Juli 2016 für die nächsten Monate einen harten Machtkampf zwischen der AKP und der gülenistischen Fraktion erwarten. All dies könnte die AKP dazu bringen, entweder eine stärker gemäßigte Haltung einzunehmen und auf die offensive Ausrichtung der Außenpolitik zu verzichten oder eine noch stärker herausfordernde Position mit einem neuen Set von Fehlkalkülen einzunehmen. Beide Optionen zeichnen sich durch einen offenen Ausgang aus. Zuletzt kann aber noch geschlussfolgert werden, dass die neo-osmanische Politik der AKP in Syrien und im Nahen Osten keine Zukunft hat.

Übersetzung aus dem Englischen: Joachim Becker

Literatur

- Abboud, Samer K. (2016) Syria. Cambridge
- Hinnebusch, Raymond und Anoushiravan Ehteshami, Hg. (2014, 2. Aufl.): The Foreign Policy of Middle East States. Boulder/London
- Türkeş, Mustafa (2016) Decomposing Neo-Ottoman Hegemony. In: Journal of Balkan and Middle Eastern Studies, 18(3), 191–216
- Weiss, Michael und Hassan Hassan (2016, 2. Auf.) ISIS. Inside the Army of Terror. New York

Anmerkungen

- 1 Diese ist durch die französische Kolonialmacht 1939 an die Türkei angetreten worden (Anm. d. Ü.).
- 2 Das Schiff wurde von der israelischen Marine aufgebracht. Hierbei wurden mehrere der türkischen AktivistInnen getötet. Der Fall führte zu einer starken Verschlechterung der türkisch-israelischen Beziehungen und schlug international hohe Wellen (Anm. d.Ü.).